

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Gebr. Amthor, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postzuschlag mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Normalzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Proz. Rabatt. Für Dreizeilerlegung 10 Pf.

Nr. 35

Dresden, Donnerstag den 11. Februar 1926

37. Jahrg.

Das neue Finanzprogramm

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Die Einführungsrede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Reinhold hat im Reichstag einen günstigen Eindruck hervorgerufen. Sie war geschickt im Aufbau, lebendig in der Darstellung und wurde frisch vorgetragen, so daß der Reichstag den Darlegungen mit gerühmter Aufmerksamkeit folgte. Sie trugen auch unverkennbar eine stark persönliche Note, so daß der Eindruck benützt erscheint, daß der neue Finanzminister seine Wege selbständig bahnt und sich bei seinen Entscheidungen nicht beeinflussen läßt durch die Erblichkeit, die die Reichsregierung gerade auf steuerlichem Gebiet unter der Führung des Herrn von Zöllner hinterlassen hat.

Die günstige Aufnahme der Rede ist zu einem erheblichen Teil gerade auf diese Tatsache zurückzuführen. In den vielen Finanzdebatten des letzten Jahres hat die Reichsregierung immer nur die eine Tonart spielen lassen: es ist kein Geld vorhanden, soziale Ausgaben dürfen nicht vorangetrieben werden, Steuererleichterungen können nicht eintreten. Herr Reinhold hat das Problem anders angepackt. Ausgehend von der Wirtschaftskrise, deren Ernst er nachdrücklich betonte, will er mit einer aktiven Finanzpolitik zu ihrer Überwindung beitragen, um so Deutschland die Erfüllung aller seiner Verpflichtungen zu ermöglichen und seinem Volke eine lebenswürdige Existenz zu verschaffen.

Es allerdings die von Herrn Reinhold in Aussicht genommenen Maßnahmen dieses Ziel erreichen werden, vor allem, ob das auf dem kürzesten Wege geschieht, ist noch zweifelhaft. Er geht von der Annahme aus, daß die Bekämpfung der Wirtschaft mit Steuern eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik sei. Er will eine erhebliche Senkung der Steuerlasten vornehmen, der eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben folgen soll. Eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, insbesondere der Reichsausgaben, um die es sich hier zunächst handelt, ist Hauptursache der Wirtschaftskrise. Sie sind Ende des Jahres 1925, als die katastrophale Zersplitterung der Wirtschaft begann, bereits erheblich ermäßigt worden. Sie können die Unternehmungen ganz ungleichmäßig. Sie sind vor allen Dingen in der Bauphase von der Rasse der Lohn- und Gehaltsempfänger getrieben, während gerade leistungsfähige Unternehmungen, vor allem der Großindustrie, fast völlig steuerfrei sind. Wenn man auch hier und da die Steuerlasten zur Bekämpfung der Krise herangezogen haben, so bleibt ihre Hauptursache doch die verdrängende Abschichtung, hervorgerufen durch die mangelnde Kaufkraft der Verbraucher und die verfehlte Wirtschaftspolitik des ersten Reiches.

In dem Programm der Steuererleichterungen, das Herr Reinhold vorgelegt hat, steht an oberster Stelle die Senkung der Umsatzsteuer am 1. April 1926 von einem Prozent auf 0,6 Prozent. Neben der Senkung der allgemeinen Umsatzsteuer soll die Befreiigung der erhöhten Umsatzsteuer (der sogenannten Luxussteuer) erfolgen. Ferner soll eine steuerliche Erleichterung bei wirtschaftlich notwendigen Betriebszusammenschlüssen eintreten. Es sollen außerdem die Steuern befreit werden, die durch die Säufung der Termine der Einkommen- und Vermögenssteuerzahlungen im nächsten Halbjahr auftreten werden. Auch kündigte der Finanzminister gleich die Herabsetzung der Vermögenssteuer an, außerdem die Ermäßigung der Körperschaftsteuer.

So erhellend die Absicht des Finanzministers ist, die Steuerlasten zu senken, und die Aussicht, daß das ohne Senkung der Währungsgehälter geschehen kann, so bedenklich ist doch einzelne der angekündigten Maßnahmen. Das gilt in erster Linie von der Ermäßigung der Vermögenssteuer und von der Senkung der Aufwandssteuer. Aber auch die Senkung der Umsatzsteuer wird sich kaum rechtfertigen lassen, wenn sie nicht zu einem Gehalt an die Produzenten wird, sondern eine Senkung der Preise hervorruft. Wir fürchten, daß das ohne eine Senkung der Zollgrenzen ebenfalls eintreten wird wie bei früheren Ermäßigungen der Umsatzsteuer.

Am ganzen ist daher das Steuerprogramm Dr. Reinholds von rein kapitalistischen Ermäßigungen geleitet. Wesentlich wichtiger als sein Vorgänger, aber mit ähnlichem Ziel, ist die bestehende Vermögensverteilung zugunsten des Kapitals zu verändern. Die Hauszinssteuer, die unter allen Steuern, ist von ihm unerörtert gelassen worden. Es scheint also, als wolle man an dem seit undurchbrochenen Zwang zum hinaufstreben der Miete auf 100 Prozent der Mietensumme bis zum 1. April festhalten. Bei der Vermögenssteuer ist lediglich von einer „Vereinfachung“ die Rede, obwohl die beste Vereinfachung der Vermögenssteuer die Herabsetzung der steuerfreien Einkommensgrenze ist.

Wenig befriedigend waren die Erklärungen über die Höhe der Ausgaben. Allgemeine Verwaltungsmaßnahmen, der Ausbau von Verwaltungsarbeit sind gewiß erstrebenswert. Aber was die Volkswirtschaft gegenwärtig in erster Linie interessiert, das ist die Verantwortung der Frage, ob der neue Finanzminister bereit ist, mit den Steuermitteln, die in erster Linie von den Rassen aufgebracht werden,

ihre Not zu lindern. Wir denken dabei nicht nur an die Unterstützung für Erwerbslose usw., sondern ebenso sehr daran, ob nicht durch Vergebung umfangreicher Aufträge an die Industrie durch das Reich oder seine großen Wirtschaftsunternehmen (Reisbahn usw.) und durch Förderung des Wohnungsbaues ein starker Anreiz zur Überwindung der Wirtschaftskrise geschaffen werden kann. Berücksichtigt man die angekündigten Steuererleichterungen die Möglichkeit zur Durchführung dieser Pläne und bedeutet sie ein starres Nein gegenüber einer besseren Fürsorge für die unverschuldeten Opfer der Wirtschaftskrise, dann wird man ihre wirtschaftsfördernde Wirkung nicht allzu hoch einschätzen dürfen.

Was der Reichsfinanzminister über die Eröffnung neuer Finanzquellen, z. B. durch die Befreiigung der Interessentenwirtschaft im Bereich des Brau- und Weinmonopols, sagte, war ausgesprochen. Man kann nur hoffen, daß diese schönen Worte auch zur Tat werden. Sehr interessant war auch sein Vergleich über die öffentlichen Lasten 1913 und 1926. Hiermit und mit seinen Angaben über die Höhe der Kriegslasten im Betrage von fast 2 1/2 Milliarden Mark hat er der deutschnationalen Demagogie einen empfindlichen Stoß verleiht. Wir wollen auch anerkennen, daß er sich ebenso entschieden für die Erhaltung der Stabilität der Währung als für die Erfüllung unserer auswärtigen Verpflichtungen ausspricht.

In der Debatte, die am Donnerstag im Reichstag über die Rede des Finanzministers begann, wird für die Sozialdemokratie der Genosse Hilferding das Wort ergreifen.

Auslegung der Listen am 3. März

Aus Berlin wird gemeldet: Das Reichskabinett wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen u. a. mit der Liste u. a. Auslegung für das beantragte Volksbegehren befassen. Vom Reichsministerium des Innern ist der Reichsanwalt bereits ein Antrag übermittelt worden, die Listen für das Volksbegehren vom 3. bis 17. März anzulegen.

Fort mit dem Staatsgerichtshof!

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat am Mittwoch, bei der Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums, mit 12 gegen 10 Stimmen die Mittel für den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Reichsjustizminister Wirth hat bekannt, daß verschiedene Dinge anwesend in Vorbereitung seien. Auf dem Fall Wastrow sind noch etwa 10 bis 13 Fälle in Vorbereitung. Bei dem Kapitel Reichsgericht sprach sich der Reichsjustizminister gegen die Ausziehung der Raten zum Reichsgericht aus.

Das Eisenbahnunglück im Tunnel

Ein Zug in eine Arbeitskolonne hineingefahren — Sechs Arbeiter getötet, fünf verletzt

Im Brandleite-Tunnel, zwischen Gehlberg und Oberhof in Thüringen, fuhr, wie wir bereits kurz mitteilen, gestern früh gegen 1/5 Uhr ein Rottenszug in eine im Tunnel beschlossene Arbeiterkolonne hinein. Sechs Arbeiter wurden getötet, zwei schwer und drei leichter verletzt.

Der Brandleite-Tunnel ist 3038 Meter lang und führt auf der Bahnstrecke Berlin—Stuttgart auf einer Höhe von 639 Meter durch den Mittelteil des Thüringer Waldes. Der Tunnel ist ansteigend und abfallend gebaut, so daß vor dem höchsten Punkte derselben Schwefel- und Kohlendämpfe von durchfahrenden Lokomotiven sich ansammeln. Die Schienen im Tunnel haben deshalb nur eine begrenzte Lebensdauer. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat die gegenwärtige Arbeitslosigkeit benutzt zur Durchführung umfangreicher Reparaturarbeiten. Da die Arbeit im Tunnel als gesundheitsgefährlich gilt, wird nur in Schichten von sechs Stunden gearbeitet. Nachdem die Schienenreparaturen durchgeführt waren, sollten weitere Ausbesserungsarbeiten an dem undicht gewordenen Gewölbe des Tunnels vorgenommen werden. Der Unglückszug verlegte die Ablösung der Arbeiter zu bewerkstelligen und Material heranzubringen. Im Tunnel selbst sind wegen der dort vorhandenen Dämpfe Signale und Lichter nur schwer zu erkennen.

Die Opfer des Unglücks stammen aus den armen Thüringer-Wald-Dörfern, in denen sich die Erwerbslosigkeit besonders stark auswirkt, und in denen die Einwohner ausschließlich auf auswärtige Arbeitsgelegenheiten angewiesen sind. Zur Stunde sind an der Unglücksstätte Vertreter der Eisenbahndirektion Erfurt und der Staatsanwaltschaft Gotha bemüht, die Ursachen des Unglücks festzustellen und insbesondere zu untersuchen, ob die Lichter, Signale und Abwehrmaßnahmen in Ordnung waren, aber ob etwa der Zug auf ein verkehrtes Gleis geleitet worden ist.

Gibt es eine Verjudung?

Jawohl: in der vaterländischen Bewegung!

Die nachstehenden Zeilen sind ein besorgter vaterländischer Mann. Der Artikel ging auch dem Dresdner Nachrichten zu; der Abdruck wurde abgelehnt. Das ist selbstverständlich, denn hier wird Tatsächlich angeführt, das für Parteien wie die deutschnationalen und die Württembergischen, die sich auf ihre arisch-germanische Art viel zugute tun, höchst peinlich ist. Diese Tatsachen sprechen demnach für sich, daß wir den Artikel ohne weiteren Kommentar wiedergeben können.

Die unsre deutschnationale Volkspartei und demgemäß ihre Mitglieder und Anhänger zur Judenfrage stehen, und was sie uns, frei von allem daß, bedeutet, braucht hier nicht besonders auseinandergelegt zu werden. Es ist in unserm Parteiprogramm niedergelegt und in Wort und Schrift ausgiebig erörtert und begründet. Streit und Meinungsverschiedenheiten dürfte es deshalb in unsern Reihen über diese Frage nicht geben. Vorkommnisse und Ereignisse der letzten Jahre können jedoch darauf hinzuweisen, als wollten sich auch hier notwendige Klärungen und Offen abspielen. Es sind Dinge, die Unruhe und Verwirrung bei den Millionen unserer Wähler drängen im Lande hervorzurufen könnten. Die Vorgänge innerhalb unserer Partei beim Dawesabkommen und bei Locarno sind noch in frischer Erinnerung. Deshalb muß rechtzeitig ein ehrliches und offenes Wort je nach gelagt werden, die es angeht. Heute sind es noch wenige, übermorgen könnten es mehr sein.

Daß es eine Verjudung in deutschen Vaterlande gibt, darüber sind wir uns alle klar. Sie geht bis stark in die Reihen unserer linken Nachbarn. Wir brauchen nur den Namen Stresemann zu erwähnen, dann wissen wir genug. Das jüdische Berliner Tageblatt hat aber vor einigen Wochen Briefe des Barons Holfstein veröffentlicht, die aus der Kaiserzeit stammen und deren Echtheit nicht anzuzweifeln ist. Sie waren an einen jüdischen Vorkämpfer von einem kaiserlichen Beamten geschrieben, der von Bismarck bis Bülow der einflussreichste und mächtigste Geheimrat des Auswärtigen Amtes gewesen ist und von dem man behauptet und von dem es auch Bismarck glaubte, daß er nicht ganz unschuldig an dem Sturz des Reichskanzlers und aller unheilvollen Folgen war, daß sein, das geht aus den Briefen deutlich hervor, hat seine amtlichen Kenntnisse und sein Wissen um kommende Ereignisse einem jüdischen Bankier jahrelang mitgeteilt, der sie zu Vorkämpfern ansetzte. Wie weit hierbei Baron Holfstein, in Anbetracht seines eigentümlichen Lebenswandels, das jahrelange Opfer jahrelanger Erpressungen gewesen ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls zeigt es, wie gefährlich und unheilvoll es für die Geschicke eines Volkes sein kann, wenn sich seine führenden Männer

Der amtliche Bericht

Erfurt, 10. Februar. Heute früh 4 1/2 Uhr fuhr im Brandleite-Tunnel bei Oberhof ein von Oberhof nach Gehlberg verkehrender Arbeitszug, etwa 300 Meter vor dem beschlossenen Ausgang des Tunnels, in eine Kolonne von Streckenarbeitern. Der Lokomotivführer Karl Hartung aus Arnstadt und die fünf Streckenarbeiter wurden getötet. Ein Arbeiter wurde schwer und vier leicht verletzt. Das Unglück entstand dadurch, daß einerseits der mitgeladete Kottensführer irrtümlich angenommen hatte, daß dieser Zug im fallenden Gleis verkehren würde, andererseits dadurch, daß infolge Witterungsanschlags Nebel und Dunkelheit herrschten und der Zug viele Rauchwolken vor sich hertrieb, so daß sein Rufen nicht zu sehen war. Sicherheitsposten waren angestellt und haben die Signale vorschriftsmäßig gegeben. Der Vorstand des Betriebsamtes Arnstadt teilte sofort an die Unglücksstelle. Ebenso hat sich der Betriebsdegenent der Reichsbahndirektion Erfurt dorthin begeben.

Zugzusammenstoß

Beim Reisende üblich verunglückt
Aus Prag wird gemeldet: Beim Pragerzug ist infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug auf einen Güterzug aufgefahren. Zehn Reisende sind getötet worden, drei Bahnangestellte wurden lebensgefährlich verletzt.

Explosion einer Karbonitfabrik

Sechs Arbeiter in Stücke gerissen
Am Mittwoch, 10. Februar. (Eigener Draht.) Am Mittwoch vormittag 11 Uhr aus bisher noch nicht geklärt Ursache das Wilschhaus der Karbonitfabrik bei Zschepus, Kreis Solingen, in die Luft. Sechs Arbeiter, die zur Zeit der Explosion in dem Wilschhaus arbeiteten, wurden in Stücke gerissen. Sie sind alle Väter kinderreicher Familien. Die Trümmerstätte liegt im Walde. Die Explosion richtete auch in den umliegenden Erzküsten, besonders in Widdorf und Lpladen, Verheerungen an.